

**Öffentliche Beschlüsse**

Die Jahresversammlung 2024 hat beschlossen:

**P - Politik**

P - 01	Europa: Parlament stärken, Flüchtlingsschutz ausbauen!	3
P - 05	Externalisierung des Flüchtlingsschutzes verhindern!	4
P - 06	Reform des Europäischen Asylsystems reparieren!	5
P - 07	Keine Abschiebungen von Jesid*innen in den Irak!	6
P - 08	Antrag zur Menschenrechtsslage in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten	7
P - 09	Den Druck auf Verantwortliche für Menschenrechtsverletzungen im Iran verstärken!	9
P - 10	Forderung an die Bundesregierung: Effektive Maßnahmen gegen die zunehmende Verfolgung von LGBTI-Menschen in Uganda und anderen Ländern ergreifen!	11
P - 11	Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen	12
P - 12	Meinungs- & Informationsfreiheit / Julian Assange	13



**S - Strategie**

S - 01 Klare Kante gegen Hass und Hetze – Aufstehen für die Menschenrechte

14



## **Beschluss P - 01: Europa: Parlament stärken, Flüchtlingsschutz ausbauen!**

I.

Die Europäische Union ist ein wichtiger Akteur für den regionalen Schutz von Flüchtlingen, auch wenn sie ihre Verantwortung in den letzten Jahren immer wieder vernachlässigt hat. Die von der EU verabschiedeten Regelwerke (Verordnungen und Richtlinien) haben auch auf die deutsche Gesetzgebung und Rechtsprechung einen sehr großen Einfluss.

In diesem Rahmen spielt das Europäische Parlament als Mit-Gesetzgeber eine wichtige Rolle. Fällt das Parlament als Gegenkraft zu der auf Abschottung und Abbau von Menschenrechten gerichteten Asylpolitik der EU-Mitgliedstaaten aus, hat dies für den Flüchtlingsschutz in Europa fatale Folgen. Deshalb müssen im Gegenteil das Europäische Parlament insgesamt und in ihm die Kräfte, die für Menschenrechte und den Flüchtlingsschutz eintreten, gestärkt werden.

Deshalb fordert Amnesty International Deutschland die Wahlberechtigten auf:

- Machen Sie am 9. Juni 2024 bei der Wahl zum Europäischen Parlament von Ihrer Stimme Gebrauch!
- Wählen Sie Kandidierende, die für den Schutz von Flüchtlingen in Europa eintreten!
- Verweigern Sie Parteien Ihre Stimme, die rechtspopulistische oder gar rechtsextremistische Ziele verfolgen und nicht nur den Schutz von Flüchtlingen, sondern den Schutz der Menschenrechte insgesamt untergraben wollen.
- Setzen Sie sich auch nach den Wahlen mit uns und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft für eine Gesellschaft ein, in der bedrohte und verfolgte Menschen Aufnahme und Schutz finden.

II.

Der Beschluss ist öffentlich.



## **Beschluss P - 05: Externalisierung des Flüchtlingsschutzes verhindern!**

1. Die Jahresversammlung ist darüber besorgt, dass in Deutschland und in der Europäischen Union derzeit erneut eine Debatte über eine teilweise oder sogar vollständige Auslagerung von Asylverfahren und Schutzgewährung in Drittstaaten außerhalb der Europäischen Union geführt wird.
2. Die Jahresversammlung fordert die Bundesregierung dazu auf, sich von dieser Debatte klar zu distanzieren und klarzustellen, dass Deutschland heute wie in Zukunft Menschenrechte achtet und keine Auslagerung von Asylverfahren und Schutzgewährung in Drittstaaten anstrebt.
3. Die Jahresversammlung mahnt an, dass Politik keine Ziele setzen, keine Forderungen erheben und keine Lösungen suggerieren sollte, die klar menschenrechtswidrig sind und keinerlei realistische Aussicht auf Verwirklichung haben.
4. Dieser Beschluss ist öffentlich.



## **Beschluss P - 06: Reform des Europäischen Asylsystems reparieren!**

1. Die Jahresversammlung bedauert, dass Europäische Kommission, Europäisches Parlament und EU-Mitgliedstaaten bei der unlängst beschlossenen Reform des Europäischen Asylsystems die Gelegenheit vergeben haben, die strukturellen Defizite zu beheben, die heute bei der Umsetzung und Anwendung des europäischen Asylrechts in den Mitgliedstaaten bestehen.
2. Die Jahresversammlung kritisiert, dass mit der Reform stattdessen die heutigen Standards für den Schutz von Flüchtlingen in der Europäischen Union abgesenkt und die heutigen Umsetzungsdefizite so scheinbar „legalisiert“ werden sollen.
3. Die Jahresversammlung fordert die Bundesregierung dazu auf, innerhalb der Europäischen Union auf eine menschenrechtskonforme Umsetzung der Reform in allen Mitgliedstaaten zu drängen und ihren Einfluss geltend zu machen, damit Schutzsuchende die ihnen zustehenden Rechte und insbesondere ihr Recht auf Zugang zu einem fairen und umfassenden Asylverfahren tatsächlich ausüben können.
4. Dieser Beschluss ist öffentlich.



## **Beschluss P - 07: Keine Abschiebungen von Jesid\*innen in den Irak!**

Die Jahresversammlung von Amnesty International Deutschland spricht sich gegen die Abschiebung von Jesid\*innen aus Deutschland in den Irak aus und fordert die Bundesländer auf, von weiteren Abschiebungen von Jesid\*innen in den Irak abzusehen und einen formellen Abschiebungsstopp zu beschließen, sofern ein solcher nicht bereits beschlossen wurde. Außerdem sollte bei der Innenministerkonferenz im Juni 2024 ein formeller, bundesweiter Abschiebungsstopp für diese Personengruppe beschlossen werden.

Dieser Beschluss ist öffentlich.



## **Beschluss P - 08: Antrag zur Menschenrechtslage in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten**

Die Jahresversammlung stellt fest:

- Die andauernden und schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen in den besetzten palästinensischen Gebieten sowie in Israel belasten die Menschen in der Region seit Jahrzehnten.
- Der brutale und grausame Angriff der Hamas und weiterer bewaffneter palästinensischer Gruppen am 7. Oktober 2023 auf die Menschen in Israel und die massiven Reaktionen des israelischen Militärs darauf im Gazastreifen haben die ganze Welt erschüttert. Es ist dort zu schweren Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen durch die Hamas und andere bewaffnete palästinensische Gruppen sowie durch die israelische Armee gekommen. Doch auch im Westjordanland inkl. Ostjerusalem finden schwere Menschenrechtsverletzungen durch die israelische Armee und durch israelische Siedler\*innen statt, wie zum Beispiel Tötungen, Hauszerstörungen und Zwangsvertreibungen.
- Durch den militärischen Konflikt befindet sich die palästinensische Zivilbevölkerung im Gazastreifen in einer katastrophalen Situation. Über zwei Millionen Menschen sind dort ohne ausreichenden Zugang zu Nahrung, sauberem Trinkwasser, Medikamenten, Hygieneartikeln und einer funktionierenden Stromversorgung eingeschlossen, mehr als 30.000 wurden bereits getötet. Die meisten Krankenhäuser sind nicht mehr in der Lage, Verletzte zu versorgen, nicht nur aufgrund der hohen Zahl an Verletzten, sondern auch durch weitreichende Zerstörungen der Infrastruktur. Auch dem Recht auf Bildung kann dadurch nicht mehr nachgegangen werden. Und die Umwelt leidet ebenfalls unter den Auswirkungen des bewaffneten Konfliktes.

Aus diesen Gründen fordert die Jahresversammlung die deutsche Bundesregierung auf, sich als dringende erste Maßnahme einzusetzen für:

- einen sofortigen Waffenstillstand im Gazastreifen
- die Freilassung aller israelischen Geiseln durch die Hamas und andere bewaffnete Gruppen
- die Freilassung aller unrechtmäßig inhaftierten Palästinenser\*innen, die durch die israelischen Behörden ohne Anklage oder Gerichtsverfahren in Verwaltungshaft gehalten werden
- einen ungehinderten Zugang von humanitärer Hilfe in den Gazastreifen
- den Schutz von Zivilist\*innen und zivilen Einrichtungen auf allen Seiten
- die Aufhebung der illegalen Blockade des Gazastreifens
- die Beendigung der militärischen Besatzung der besetzten palästinensischen Gebiete
- die Beendigung des Systems der Apartheid, das Israel etabliert hat
- den Verzicht der Hamas und anderer bewaffneter Gruppen auf ihre Politik der Vernichtung des Staates Israel und ihre gewalttätige Rhetorik und Praxis gegen Jüd\*innen

sowie

- sich weltweit gegen Rüstungslieferungen an alle Konfliktparteien zu wenden und selbst keine



Rüstungsgüter an Israel zu liefern, die zu Verletzungen des humanitären Völkerrechts oder Menschenrechtsverletzungen beitragen können.

- die Hilfszahlungen an UNRWA dauerhaft zu sichern.

Der Beschluss ist öffentlich.





## **Beschluss P - 09: Den Druck auf Verantwortliche für Menschenrechtsverletzungen im Iran verstärken!**

Amnesty International ist bestürzt über die brutale Unterdrückung der Demokratiebewegung und das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen im Iran. Über 20.000 Menschen wurden bei den Protesten im Herbst 2022 festgenommen, zahllose Teilnehmende schwer verletzt und über 500 getötet, darunter viele Kinder. Die Überlebenden wagten oft nicht, ihre Verletzungen medizinisch behandeln zu lassen, aus Angst, dabei verhaftet zu werden. In der Haft wurden viele Opfer schlimmster Folterungen, darunter sexualisierter Gewalt. In grob unfairen Prozessen, in denen unter Folter erpresste „Geständnisse“ als Beweismittel zugelassen wurden, verurteilte man viele zu langen Haftstrafen, ca. 20 wurden zum Tode verurteilt und bis jetzt 9 Protestierende hingerichtet. Familien, die das Schicksal ihrer getöteten oder inhaftierten Angehörigen öffentlich machten, wurden selbst unter Druck gesetzt und schikaniert, bis hin zu weiteren Verhaftungen.

Auch nachdem die großen Demonstrationen niedergeschlagen worden waren und sich der Protest auf zivilen Widerstand verlagert hatte, hat der staatliche Druck nicht nachgelassen, im Gegenteil. Nun will die Regierung offenbar jede Regung von Protest, zum Beispiel die demonstrative Nichtbeachtung des Verschleierungszwangs, im Keim ersticken. Zu dessen Durchsetzung gehen Ordnungskräfte rigoros gegen Frauen vor, die ihn nicht beachten: sie überwachen sie mit Videotechnik, beleidigen sie, drohen ihnen mit SMS, beschlagnahmen ihre Autos, verweigern ihnen den Zutritt zu öffentlichen Einrichtungen und Verkehrsmitteln oder nehmen sie fest. In Gerichtsprozessen wurden einige Frauen zu Geld- oder Haftstrafen oder sogar Auspeitschung verurteilt. Ein neues „Gesetz zur Förderung der Keuschheit und des Hijab“ sieht noch erweiterte Befugnisse der Sicherheitskräfte und höhere Strafen vor. Geschäftsinhaber\*innen droht die Schließung ihres Betriebs, wenn sie Frauen ohne ausreichende Verschleierung bedienen.

- Die Jahresversammlung fordert daher die Bundesregierung auf, ihren Einsatz gegen diese Menschenrechtsverletzungen im Iran zu verstärken und sich nicht auf öffentliche Verurteilungen zu beschränken.
- Wir begrüßen, dass auf Initiative der Bundesregierung im November 2022 ein UN-Gremium zur Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen eingesetzt und dessen Mandat 2024 verlängert wurde. Angesichts der noch zunehmenden Unterdrückung, die auch im Zwischenbericht dokumentiert wurde, muss sie sich aber auch dafür einsetzen, dass aus den Ergebnissen konkrete Maßnahmen abgeleitet werden.
- Wir fordern, dass nach dem Weltrechtsprinzip gegen die Verantwortlichen für schwerste Menschenrechtsverletzungen Sanktionen verhängt, Haftbefehle ausgestellt und Strafprozesse auch in Deutschland durchgeführt werden, da sie im Iran völlige Straffreiheit genießen. Bei solchen Prozessen sollte auch über die Entschädigung der Opfer solcher Verbrechen entschieden werden.
- Die Jahresversammlung fordert Firmen, die im Iran noch Geschäfte tätigen, auf, ihren menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten nach den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte nachzukommen und die Verletzungen der Menschenrechte im Iran bei ihren geschäftlichen Entscheidungen zu berücksichtigen.



## **Beschluss P - 10: Forderung an die Bundesregierung: Effektive Maßnahmen gegen die zunehmende Verfolgung von LGBTI-Menschen in Uganda und anderen Ländern ergreifen!**

Das am 26. Mai 2023 in Kraft gesetzte „Anti-Homosexualitätsgesetz“ in Uganda sieht lebenslange Haftstrafen für gleichgeschlechtlichen Sex und sogar die Todesstrafe für „schwere Homosexualität“ vor. Der Einsatz für die Rechte von LGBTI-Menschen (lesbian, gay, bisexual, transgender and intersex) wird als vermeintliche „Förderung der Homosexualität“ mit einer Freiheitsstrafe von bis zu 20 Jahren und Geldstrafen geahndet. Als Folge verlieren LGBTI-Menschen ihre Wohnung oder den Zugang zu medizinischer Versorgung und werden gehindert, Hilfsangebote von unterstützenden Organisationen anzunehmen. Sie werden verfolgt, erfahren brutale Gewalt und müssen um ihr Leben fürchten. Das „Anti-Homosexualitätsgesetz“ verstößt gegen die Menschenrechte und befeuert gesellschaftliche Diskriminierung und Gewalt gegenüber queeren Menschen.

Auch in anderen Ländern verschlechtert sich die Lage von LGBTI-Menschen zunehmend. Siehe dazu den Amnesty-Bericht zur Situation von LGBTI-Geflüchteten in Kenia vom Mai 2023 und den Amnesty-Bericht zur Lage von LGBTI-Menschen in 12 afrikanischen Ländern vom Januar 2024.

Wir begrüßen sehr, dass Deutschland mit weiteren Staaten aus der Equal Rights Coalition in einer Stellungnahme das „Anti-Homosexualitätsgesetz“ in Uganda scharf verurteilt hat.

Wir fordern die Bundesregierung auf, darüber hinaus folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Setzen Sie sich im Rahmen der diplomatischen Beziehungen für die Aufhebung diskriminierender Gesetze gegen LGBTI-Menschen ein und unterstreichen Sie, dass es sich hier um die Verletzung internationaler Menschenrechtsnormen handelt.
- Unterstützen Sie lokale LGBTI-Organisationen durch die Bereitstellung von Finanzierung und Ressourcen, um deren Interessenvertretungsarbeit zu stärken.
- Fördern Sie Hilfs- und Beratungsprojekte, die sich auf die Rechte von LGBTI-Schutzsuchenden und LGBTI-Geflüchteten konzentrieren.
- Bauen Sie Programme und sichere Wege für die Aufnahme von LGBTI-Menschenrechtsverteidiger\*innen aus, da diese doppelt gefährdet sind.
- Fördern Sie weltweit öffentliche Sensibilisierungskampagnen, um auf Ungerechtigkeiten aufmerksam zu machen, mit denen LGBTI-Menschen konfrontiert sind. Mobilisieren Sie einflussreiche Persönlichkeiten, sich gegen diese Menschenrechtsverletzungen auszusprechen.



## **Beschluss P - 11: Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen**

1. Die Jahresversammlung hat beschlossen:

Amnesty International fordert die Bundesregierung auf Schwangerschaftsabbrüche zu entkriminalisieren, Maßnahmen zur flächendeckenden medizinischen Versorgung von Schwangerschaftsabbrüchen zu ergreifen und Zugang zu umfassenden sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdiensten, Gütern und Informationen für alle zu ermöglichen.

2. Wir fordern:

### **Schwangerschaftsabbrüche raus aus dem Strafgesetzbuch. Zwangsberatung und verpflichtende Wartezeit abschaffen.**

Wir fordern, dass Abtreibungen in Deutschland entkriminalisiert werden! Regelungen zu Schwangerschaftsabbrüchen gehören nicht ins Strafgesetzbuch! Sowohl §218 ff. als auch § 219 ff. sollten daher aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden. Insbesondere der nicht ergebnisoffene und verpflichtende Charakter einer Beratung gemäß §219 und die obligatorische Wartezeit, die in §218a StGB festgelegt ist, sind nicht mit dem Recht auf Zugang zu Abtreibung vereinbar. Etwaige Ersatzregelungen, wie zum Beispiel das Angebot einer freiwilligen Schwangerschaftskonfliktberatung mit offenem Ausgang, könnte in das Schwangerschaftskonfliktgesetz (außerhalb des Strafgesetzbuches) integriert werden.

### **Genug Personal und Einrichtungen für Schwangerschaftsabbrüche in ganz Deutschland.**

In der Nähe der Menschen muss es genügend Einrichtungen, Ärzt\*innen und weiteres medizinisches Personal geben, die Abtreibungen durchführen. In dem Zusammengang muss auch die mögliche Verweigerung von Behandlungen aufgrund von moralischen oder religiösen Gründen in angemessener Weise geregelt werden, damit sie nicht das Recht der Schwangeren auf Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen untergraben.

### **Gut ausgebildetes Personal für Schwangerschaftsabbrüche.**

Abtreibungen müssen ins allgemeine Medizinstudium integriert werden. Für praktizierende Ärzt\*innen muss es medizinische Weiterbildungen geben. So soll der medizinische Standard für den Abbruch einer Schwangerschaft verbessert werden.

### **Ungewollt Schwangere sowie Kliniken und Praxen vor Abtreibungsgegner\*innen schützen.**

Die Regierung muss Konzepte ausarbeiten, um Beratungsstellen, Kliniken und Arztpraxen vor Abtreibungsgegner\*innen zu schützen. Es darf kein Risiko sein, Schwangerschaftsabbrüche anzubieten. Auch müssen Schwangere, die einen Abbruch vornehmen lassen wollen, vor sogenannten Gehsteigbelästigungen geschützt werden, um das Recht auf Zugang zu zeitnahe Gesundheitsversorgung zu gewährleisten.

### **Schwangerschaftsabbrüche als Gesundheitsleistung anerkennen und Kostenübernahme entsprechend regeln.**



Abtreibungen müssen als das definiert werden, was sie sind: eine Gesundheitsleistung. Somit müssen die Krankenkassen auch die Kosten für den Abbruch einer Schwangerschaft übernehmen. Der Zugang zu Abtreibungen darf nicht von den finanziellen Mitteln abhängig sein.

**Zugang zu Verhütungsmitteln erleichtern.**

Verhütungsmittel sollten für alle Menschen leicht, unbürokratisch und günstig erhältlich sein. Alle Menschen, die nicht schwanger werden und/oder sich vor sexuell übertragbaren Krankheiten schützen wollen, müssen sich das sichere und gesundheitsschonende Verhütungsmittel ihrer Wahl leisten können. Keiner Person darf der Zugang zu sicheren Verhütungsmitteln aufgrund ihrer finanziellen Situation oder sonstiger diskriminierender Gründe verwehrt bleiben. Niemand soll Angst davor haben, bei der Beschaffung von Verhütungsmitteln stigmatisiert, diskriminiert oder verurteilt zu werden. Gleiches gilt auch für Notfallverhütungsmittel wie die "Pille danach".

**Gute Sexualaufklärung gewährleisten.**

Für eine selbstbestimmte und selbstbewusste Sexualität sowie für die eigene sexuelle Verantwortung ist eine gute Sexualaufklärung essenziell. Deshalb sollte sie in Schullehrplänen berücksichtigt und partizipativ, interaktiv, kontextorientiert und gendersensibel konzipiert werden, die Gleichstellung der Geschlechter, gegenseitiges Einverständnis und Gewaltfreiheit stärken und diskriminierende Stereotypen, auch in Bezug auf Geschlecht, sexuelle Orientierung, Geschlechtsidentität oder anderen Status vermeiden.

Neben der Aufklärung in Schulen sollten weitere qualitativ hochwertige Informationen zu den Themen Sexualität sowie sexuelle und reproduktive Gesundheit leicht und niedrigschwellig für Jugendliche und Erwachsene öffentlich zugänglich sein.

3. Der Beschluss ist öffentlich.



## **Beschluss P - 12: Meinungs- & Informationsfreiheit / Julian Assange**

- I) Amnesty International Deutschland e.V fordert die sofortige Freilassung von Julian Assange.
- II) Amnesty International Deutschland e.V fordert die Behörden in den USA auf, endlich alle Anklagepunkte gegen Julian Assange fallen zu lassen.
- III) Amnesty International Deutschland e.V erinnert die deutsche Außenministerin angesichts des Beschlusses des Westminster Magistrates Court vom 20.04.2022 - welcher besagt, dass Julian Assange an die USA ausgeliefert werden kann -, an ihre Aussagen vor der Wahl zu den schwerwiegenden Verstößen gegen grundlegende Freiheitsrechte der europäischen Menschenrechtskonvention im Fall Julian Assange.
- IV) Amnesty International Deutschland e.V. mahnt die „wertebasierte Außenpolitik“ an, die im Koalitionsvertrag der jetzigen Regierungsparteien versprochen wurde.
- V) Amnesty International Deutschland e.V. fordert die deutsche Bundesregierung auf, sich gegen eine Auslieferung an die USA einzusetzen.



## **Beschluss S - 01: Klare Kante gegen Hass und Hetze – Aufstehen für die Menschenrechte**

Europa befindet sich in einer Zeit multipler Krisen: Die Kluft zwischen Arm und Reich nimmt in vielen Teilen der Region zu. Die Klimakrise ist auch in Europa spürbar, sei es durch extreme Wetterereignisse oder durch wirtschaftliche Folgen. Die Covid-19 Pandemie und der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine haben zu steigenden Lebenskosten in vielen EU-Ländern geführt. Viele Menschen sind deshalb verunsichert und haben Zukunftsangst.

Manche politische Akteur\*innen nutzen diese Umstände aus, indem sie Ängste schüren, um die Gesellschaft zu polarisieren und zu spalten. Sie hetzen gegen Migrant\*innen und andere marginalisierte Gruppen, gegen Medien und Politiker\*innen, die ihrer Weltsicht widersprechen. Wo sie können, verfolgen sie Menschenrechtsverteidiger\*innen, schränken zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume ein und greifen die Pressefreiheit und die Unabhängigkeit der Justiz an. Im Zuge dessen werden in Europa menschenrechtsfeindliche Narrative und Politiken lauter. Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit werden inzwischen auch in der bürgerlichen Mitte in Frage gestellt.

Diese aktuellen öffentlichen Diskurse, die Hass, Hetze und Ausgrenzung befördern, sind extrem gefährlich. Die Abwertung und Entmenschlichung von Personen, die von Diskriminierung betroffen sind, wird zunehmend salonfähig. Dabei wird ein Gesellschaftsbild gezeichnet, das nicht auf der Idee gleicher menschlicher Würde, sondern einer Ideologie der Ungleichwertigkeit gründet. Gruppen von Menschen werden hierarchisiert und bestimmte Eigenschaften zur sozialen Norm erhoben: weiß-Sein, cis Männlichkeit, Heterosexualität etc. Die Menschen, die diese Eigenschaften besitzen, profitieren von den Privilegien, welche die Zuschreibung zur sozialen Norm mit sich bringt. In der Gesellschaft, die diese politischen Kräfte wollen, zählen Geschlechtergerechtigkeit sowie die Rechte und Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte, Schwarzen, afro-diasporischen, muslimischen und jüdischen Menschen, Sinti\*zze und Rom\*nja, Geflüchteten, LGBTI+, Menschen mit Behinderung und sozial und ökonomisch benachteiligten Menschen nicht.

In Deutschland und in Europa bekommen Parteien wieder mehr Zuspruch, welche die Abwertung, Ausgrenzung und Entmenschlichung von Teilen unserer Gesellschaft verfolgen. Bestimmte Personen werden als „die Anderen“ konstruiert, herabgesetzt und ihnen wird pauschal die Schuld an gesellschaftlichen Problemen zugeschrieben. Die AfD verbindet beispielsweise viele scheinbare oder tatsächliche gesellschaftliche Herausforderungen in rassistischer Weise mit dem Thema Migration. Dadurch bietet sie einfache, aber falsche Antworten auf komplexe Fragen und Herausforderungen an, wie z.B. Wohnungsnot oder die Klimakrise.

In anderen europäischen Ländern sehen wir, dass Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, für die viele Menschen in der Vergangenheit gekämpft haben, in einer Form abgebaut wurden, dass es schwer wird, sie zurückzugewinnen. Wenn unabhängige Medien, politische Opposition, vielfältige Lebensentwürfe, zivilgesellschaftliche Organisationen, das Recht auf Protest, und die unabhängige Justiz systematisch eingeschränkt wurden, ist es ein mühsamer Weg, sie sich zurück zu erkämpfen. Das zeigen die aktuellen Entwicklungen in Polen. Dort wird beispielsweise



die formelle Bekanntgabe von Gesetzen verschleppt, sodass sie nicht in Kraft treten können.

Die im Januar 2024 veröffentlichte Recherche von Correctiv zu dem Geheimgespräch in Potsdam von November 2023 bestätigt nur die Berichte von Personen und Organisationen, die sich seit Jahren gegen Rassismus und Rechtsextremismus einsetzen. Wer politische und öffentliche Diskurse in Deutschland verfolgt, kann davon nicht ernsthaft überrascht sein. Die Erfahrung von Menschen, die von Rassismus oder anderen Diskriminierungen betroffen sind, zeigen, wie aus Hass und Hetze tödliche Gewalt wird. Rassistische, antisemitische und andere menschenfeindliche Angriffe sind nur die Spitze eines Eisbergs namens Hasskriminalität. Sie werden durch ausgrenzende und abwertende Diskurse befeuert und sind Ausdruck von Diskriminierungen, die tief in der Gesellschaft verankert und deshalb strukturell sind: Dazu gehört, dass weiße Personen als Norm gelten, was den meisten, die dieser Norm entsprechen nicht bewusst ist, obwohl sie davon profitieren. Ein anderes Beispiel ist der homogenisierende Diskurs über Menschen, die aus dieser Norm herausfallen: Eine BIPOC-Person kann diesem Denken zufolge nicht deutsch, sondern muss ein\*e Migrant\*in mit oder ohne Fluchterfahrung sein. Auch Menschen muslimischen Glaubens werden als nicht zugehörig zur deutschen Gesellschaft betrachtet. Solche rassistischen Diskurse um Migration und Integration treffen häufig auch deutsche Staatsangehörige, die hier geboren und aufgewachsen sind. Und sie ebnen den Weg für rassistisch motivierte Gewalt.

Menschenfeindliche Angriffe betreffen den Kern der staatlichen Schutzpflicht. Seit Jahrzehnten werden von Rassismus betroffene Menschen nicht ausreichend vor teilweise tödlicher Gewalt geschützt. Angriffe auf Unterkünfte für geflüchtete Menschen, die Mord-Serie des NSU, die Anschläge in Halle und Hanau sind tragische Beispiele für Angst einflößende und tödliche Gewalt. Seit dem 7. Oktober 2023 melden zivilgesellschaftliche Organisationen einen Anstieg antisemitischer Angriffe gegen jüdische Personen und Einrichtungen sowie rassistische Angriffe gegen Muslim\*innen und ihre Einrichtungen. Der deutsche Staat muss Hasskriminalität konsequent verfolgen und Täter\*innen zur Verantwortung ziehen.

Die Polizei hat eine besondere Rolle bei der staatlichen Schutzpflicht vor menschenfeindlicher Gewalt. Daher ist es äußerst besorgniserregend, dass wiederholt rassistische und rechtsextreme Chatgruppen in verschiedenen Bundesländern bekannt wurden. Gleiches gilt für die Verfestigung von rassistischen Annahmen als angebliches "Erfahrungswissen" von Strafverfolgungsbehörden. Ein Beispiel hierfür ist die Konstruktion von sogenannter "Clankriminalität", die einer wissenschaftlichen Grundlage entbehrt und rassistisch ist. Es bedarf gezielter Maßnahmen, damit die Polizei ihrer Rolle als Schutzinstanz gegen Diskriminierungen gerecht wird. Sie muss sich mit der strukturellen und institutionellen Dimension von Rassismus auseinandersetzen und über die Aufzählung individualisierter Taten hinausgehen.

Hasskriminalität findet nicht nur offline, sondern auch online statt. Dabei sind wir alle gefragt, uns gegen Hass, Hetze und menschenfeindliche Diskurse zu stellen. Dies gilt sowohl für bewusste Anfeindungen als auch für die unbewusste Reproduktion von rassistischen und anderen menschenfeindlichen Vorurteilen.

In Politik und Medien erleben wir eine bezeichnende Gleichzeitigkeit: Einerseits demonstrative Abgrenzung von der AfD, andererseits die immer weniger subtile, öffentliche Übernahme von menschenfeindlichen Positionen, gerade in der Migrationspolitik. Seit Jahren verschieben



Politiker\*innen verschiedener Parteien die Grenzen dessen, was gegen Geflüchtete und andere Migrant\*innen gesagt und getan wird. Auf ausgrenzende Worte folgen gewaltsame Taten: Die Zahl politisch motivierter Übergriffe auf Geflüchtete ist deutlich gestiegen. 2023 zählte die Polizei in Deutschland fast doppelt so viele Angriffe wie im Jahr zuvor.

Amnesty International ist sehr besorgt über die Kriminalisierung und Unterdrückung von Protestformen und -bewegungen, die teils als unbequem oder politisch unliebsam wahrgenommen werden. In Deutschland lässt sich das derzeit besonders beim Umgang mit Klimaaktivist\*innen und Palästina-solidarischem Protest beobachten. Beispielsweise wird Präventivgewahrsam verstärkt gegen Klimaaktivist\*innen eingesetzt. Eines der schärfsten Schwerter staatlicher Gewalt, der Freiheitsentzug, wird also zur Abschreckung gegen Menschen gerichtet, die friedlich protestieren wollen. Auch durch die strafrechtliche Verfolgung nach §129 StGB unter dem Vorwurf der Bildung einer kriminellen Vereinigung wird die Klimabewegung unverhältnismäßig kriminalisiert. Palästina-solidarischem Protest wird vermehrt mit pauschalen Vorabverboten begegnet. Die Versammlungsfreiheit lässt aber Totalverbote nur als allerletztes Mittel nach einer sorgfältigen Abwägung zu. Es ist inakzeptabel, dass die Verbote teils auf rassistischen Stereotypen gegenüber als arabisch oder muslimisch gelesenen Personen beruhen. Eine offene und pluralistische Gesellschaft braucht Diskurs und Protest und muss sich dem unbedingten Schutz der Meinungs- und Versammlungsfreiheit verschreiben.

Um Hass und Hetze zurückzudrängen, braucht es eine positive Vision von der Gesellschaft, in der wir leben möchten. Amnesty International zeichnet dieses Zukunftsbild: Respekt genießen alle, egal wie sie aussehen, glauben oder lieben. Alle Menschen leben frei von Diskriminierung, Unterdrückung, Hass und Gewalt. Dazu gehört auch, dass der Nachname nicht mehr entscheidend dafür ist, wer in eine Wohnung einziehen kann oder für ein Bewerbungsgespräch eingeladen wird. Jede Person kann lieben, wen sie will und sie entscheidet selbstbestimmt über ihren eigenen Körper. Alle Menschen können friedlich und ohne Angst demonstrieren. Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit wird offline und online geschützt. Es gibt umfassenden Zugang zu unabhängigen Medien und unabhängigen Gerichten. Wir nehmen Menschen, die Schutz suchen, als Rechtssubjekte ernst und achten ihre Menschenrechte. Der Übergang zur Klimaneutralität gelingt noch rechtzeitig und trägt zu sozialer Gerechtigkeit bei. Unternehmen achten die Menschenrechte und übernehmen Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen durch ihre wirtschaftliche Tätigkeit.

Der Einsatz für eine offene vielfältige Gesellschaft darf nicht nur bis zur nächsten Demonstration reichen. Es braucht langfristige und kontinuierliche Unterstützung der Personen und Initiativen, die seit Jahren die Stellung gegen Ausgrenzung, Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus halten. Ihre Ausdauer und ihr Mut, teils unter schwierigen und gefährlichen Bedingungen nicht aufzugeben, weisen uns allen die Richtung.

### **Die Jahresversammlung stellt fest:**

- Amnesty International ist parteipolitisch unabhängig. Wir sind aber klar parteiisch, wenn es um die Verteidigung der Menschenrechte geht und stehen an der Seite derer, die von Menschenrechtsverletzungen direkt betroffen sind. Wir wollen uns als Bewegung weiterentwickeln, um noch lauter gegen Ausgrenzung und Diskriminierung einzustehen. Wir setzen uns gemeinsam mit anderen Organisationen und Menschen, die von strukturellen





Diskriminierungen betroffen sind, für einen politischen und gesellschaftlichen Wandel ein.

- Ein wichtiges Gegenmittel zu Hass und Hetze ist die Solidarität mit den Menschen, die von menschenfeindlichen Ideologien als Zielscheibe instrumentalisiert werden. Menschen, die von Diskriminierung und Marginalisierung betroffen sind, müssen in allen Räumen Gehör und Sichtbarkeit bekommen. Wir wollen gegen Menschenfeindlichkeit aufstehen und uns zugleich an die Seite der Menschen stellen, die davon tagtäglich verletzt werden.
- Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sind kein Selbstläufer, sondern brauchen Engagement. Insbesondere staatliche Akteur\*innen stehen in der Verantwortung, Hass und Hetze nicht selbst zu befeuern und entmenschlichende Äußerungen nicht stehen zu lassen.
- Wir alle sind gefordert, entschieden, laut und solidarisch für Vielfalt und Menschlichkeit einzutreten: auf der Straße, im Netz und in persönlichen Begegnungen. Dabei ist es wichtig, den Zusammenhang aufzuzeigen zwischen Ideologien der Ungleichheit und strukturellen Diskriminierungen, die auch unbewusst reproduziert werden können.
- Strukturelle Diskriminierungen und Unterdrückungssysteme müssen klar benannt werden. Dabei wollen wir besser werden. Beispielsweise ist die Gleichsetzung von Muslim\*innen, von arabisch gelesenen Personen und Migrant\*innen rassistisch. Genauso rassistisch ist die Gleichsetzung von Schwarzen Menschen und Migrant\*innen. Ähnlich verhält es sich mit weiteren Gleichsetzungen dieser Art. Denn sie homogenisieren vielfältige Gruppen von Menschen zu einer einzigen und markieren sie als fremd. Auch die Verknüpfung von Herkunft und Kriminalität hat keine statistische Grundlage und ist rassistisch.
- Amnesty International steht für eine offene und vielfältige Gesellschaft ein. Eine Gesellschaft, in der wir verschieden sein können, ohne einander die Menschlichkeit abzusprechen. Eine Gesellschaft, die sich dem Schutz der Menschenwürde verschreibt, in der gleiche Rechte für alle gelten, in der diejenigen Schutz bekommen, die ihn brauchen und in der jeder Mensch seine Meinung frei äußern und dafür demonstrieren kann.
- Begegnungsorte wie Sportvereine oder Nachbarschaftshilfen werden von Gruppen mit menschenfeindlichen Positionen oft bewusst genutzt, um Hass und Hetze zu propagieren. Dort müssen wir dagegenhalten.
- Mit Blick auf die anstehenden Wahlen auf europäischer, kommunaler und Landesebene sind wir alle gefragt, uns laut für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit einzusetzen. Im politischen Gefüge hat das Europäische Parlament oft eine wichtige Rolle eingenommen, um an die rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Verpflichtungen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten zu erinnern. Die Zusammensetzung des Parlaments nach den Wahlen im Juni 2024 ist entscheidend dafür, ob es diesen Auftrag weiter annehmen wird.

**Die Jahresversammlung fordert Bund und Länder dazu auf:**

- sich ernsthaft mit der strukturellen und institutionellen Dimension von Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen von Diskriminierung auseinander zu setzen. Nur dann können Hass und Hetze wirksam bekämpft werden.
- die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte aller Menschen zu garantieren und die immer größere Kluft zwischen Arm und Reich anzugehen. Sie behindert die Realisierung vieler



Menschenrechte, da wichtige Ressourcen fehlen oder ungleich verteilt sind.

- systemischen Rassismus und die zugrundeliegenden Ursachen wie die Ideologie weißer Vormachtstellung (white supremacy) und Kolonialismus in Recht und Praxis anzugehen. Das gilt auch für andere Formen von Diskriminierung. Die aktuelle Empörung läuft ins Leere, wenn bei der Erarbeitung von Maßnahmen die Perspektive der Betroffenen und Selbstorganisationen nicht eine zentrale Rolle spielt.
- Antisemitismus entschieden entgegenzutreten und allen Jüd\*innen in Deutschland wirksamen Schutz zu bieten.
- sich antifeministischen und queerfeindlichen Narrativen entschieden entgegenzustellen und diese nicht selbst zu befeuern. Es bedarf mehr Schutz vor Gewalt aus geschlechtsspezifischen Gründen und mit Bezug auf die sexuelle Orientierung. Frauen- und LGBTI-Rechte müssen nicht nur gewahrt werden, sondern auch weiterentwickelt und den aktuellen menschenrechtlichen Standards angepasst werden.
- gezielte Maßnahmen zu ergreifen, damit die Polizei ihrer Rolle als Schutzinstanz gegen Diskriminierungen gerecht wird. Dabei muss die Auseinandersetzung mit Rassismus und anderen strukturellen Diskriminierungsformen angegangen werden.
- die Rechtsdurchsetzung bei digitaler Gewalt zu verbessern und Polizeien und Staatsanwaltschaften darüber aufzuklären. Es braucht eine Sensibilisierung und Fortbildung der Polizeibehörden, Staatsanwaltschaften und Gerichte, aber auch von Schulen und Stellen der Kinder- und Jugendhilfe im Bereich digitaler Gewalt. Außerdem müssen Beratungsstellen für Betroffene ausgebaut werden.
- diskriminierungssensibel mit dem Thema Asyl und Migration umzugehen. Es braucht einen Ausbau sicherer und regulärer Flucht- und Einreisewege in die Europäische Union.
- ihrer Verantwortung gerecht zu werden, dass Deutschland maßgeblich zur Klimakrise beiträgt, wodurch weltweit unzählige Menschenleben gefährdet sind. Die Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft soll zu sozialer Gerechtigkeit beitragen und sich an menschenrechtlichen Grundsätzen orientieren.

Außerdem fordert Amnesty International alle Politiker\*innen auf, sich klar und deutlich gegen menschenfeindliche Diskurse und für eine menschenrechtskonforme Politik zu positionieren. Eine wichtige Gelegenheit dazu sind die Wahlen im Jahr 2024.

Der Beschluss ist öffentlich.